

Ostdeutschland Faire Netzentgelte gefordert

[13.9.2024] Die positiven Effekte der Energiewende dürfen für die Menschen keine abstrakten Zahlen bleiben, sagt Burkhard Jung, Vizepräsident des Deutschen Städtetags. Der Leipziger Oberbürgermeister fordert finanzielle Beteiligungsmodelle und faire Netzentgelte für ostdeutsche Städte.

Ostdeutschland ist Vorreiter beim Ausbau der erneuerbaren Energien und leistet einen entscheidenden Beitrag zur Energiewende in Deutschland. Auf der Konferenz der ostdeutschen Städte beim Deutschen Städtetag in Magdeburg sagte Burkhard Jung (SPD), Vizepräsident des Deutschen Städtetags und Oberbürgermeister von Leipzig: "Mehr als ein Drittel aller deutschen Windkraftanlagen an Land stehen im Osten und allein im ersten Halbjahr 2024 gab es in den ostdeutschen Bundesländern ein weiteres Plus von 16 Prozent bei der Solarenergie."

Jung betonte die Notwendigkeit, die Rahmenbedingungen für den weiteren Ausbau der erneuerbaren Energien insbesondere für die Menschen vor Ort zu verbessern. Denn trotz der wirtschaftlichen Bedeutung der Branche, die Investoren anzieht, zeigt eine aktuelle Umfrage, dass die Akzeptanz der Energiewende in Ostdeutschland unter dem Bundesdurchschnitt liegt. "Die positiven Effekte der Energiewende dürfen für die Menschen keine abstrakten Zahlen bleiben. Sie müssen spüren, dass sie ganz konkret vom Ausbau der erneuerbaren Energien profitieren", forderte Jung.

In einigen ostdeutschen Bundesländern gibt es bereits Modelle, bei denen Kommunen und Bürger an den Gewinnen der Energiewende beteiligt werden, etwa durch Sonderabgaben von Windkraftanlagenbetreibern. Jung plädiert für eine Ausweitung solcher Modelle, damit der Erfolg der Energiewende in allen Regionen spürbar wird.

Ein weiteres Problem sei die finanzielle Belastung durch steigende Netzentgelte in Vorreiterregionen, die den Ausbau der erneuerbaren Energien aktiv vorantreiben. Jung betonte, dass die Menschen vor Ort nicht die Leidtragenden sein dürften: "Wenn eine Region Vorreiter beim Ausbau der erneuerbaren Energien ist, dürfen die Bürgerinnen und Bürger dort keine finanziellen Nachteile haben." Er begrüßte die Pläne der Bundesnetzagentur, die Mehrkosten für den Netzausbau ab 2025 gerechter auf alle Stromkunden zu verteilen. Für Jung ist klar: "Die Energiewende ist eine Gemeinschaftsaufgabe. Es braucht faire Bedingungen und sichtbare Vorteile für alle, damit wir den Ausbau erfolgreich

vorantreiben können." (a/)

<https://www.staedtetag.de>

Stichwörter: Politik, Ostdeutschland, Deutscher Städtetag

Bildquelle: DST/Michael Bader

Quelle: www.stadt-und-werk.de